

Gesundheit: Union will mit Gesetz Korruption bekämpfen

Von Stefan von Borstel 6. September 2009

Die Union will nach der Wahl mit einem Patientenschutzgesetz auch die Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen. **"Wir brauchen mehr Transparenz für Patienten bezüglich der Verträge zwischen Ärzten und anderen Leistungserbringern", sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Annette Widmann-Mauz**, der "Welt am Sonntag". In dem Gesetz solle festgeschrieben werden, dass vertragliche Vereinbarungen offengelegt werden müssen, erklärte die Gesundheitspolitikerin mit Blick auf die Diskussion um Fangprämien für Ärzte, die ihre Patienten in bestimmte Kliniken einweisen. Dabei gehe es nicht nur um Verträge von Ärzten mit Krankenhäusern, sondern auch mit anderen Leistungserbringern wie etwa Hörgeräteakustikern oder Physiotherapeuten, sagte **Widmann-Mauz**.

Die Union will nach der Wahl mit einem Patientenschutzgesetz auch die Korruption im Gesundheitswesen bekämpfen. "Wir brauchen mehr Transparenz für Patienten bezüglich der Verträge zwischen Ärzten und anderen Leistungserbringern", sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, **Annette Widmann-Mauz**, der "Welt am Sonntag". In dem Gesetz solle festgeschrieben werden, dass vertragliche Vereinbarungen offengelegt werden müssen, erklärte die Gesundheitspolitikerin mit Blick auf die Diskussion um Fangprämien für Ärzte, die ihre Patienten in bestimmte Kliniken einweisen. Dabei gehe es nicht nur um Verträge von Ärzten mit Krankenhäusern, sondern auch mit anderen Leistungserbringern wie etwa Hörgeräteakustikern oder Physiotherapeuten, sagte **Widmann-Mauz**. Die aktuelle Diskussion und auch die Debatte um die Honorare der Mediziner hätten das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient beeinträchtigt. "Vertrauen bekommt man nur zurück, wenn man die Karten offen auf den Tisch legt", sagte die CDU-Politikerin.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und ihr Staatssekretär Klaus Theo Schröder hatten gesetzliche Änderungen abgelehnt. Die Regeln seien völlig klar. Krankenhäuser und Ärzteschaft hatten sich nach einem Krisengipfel darauf verständigt, kritische Verträge zwischen Kliniken und Ärzten von Clearingstellen auf Landesebene prüfen zu lassen.

Widmann-Mauz verteidigte die Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern. Diese sei medizinisch sinnvoll und dürfe durch die aktuelle Diskussion nicht in Verruf geraten. "Nicht jede Zahlung ist Korruption", sagte Widmann-Mauz. Es gehe heute darum, starre Grenzen im Gesundheitswesen aufzubrechen.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach sprach sich für schärfere Kontrollen der Abrechnungen und für ein Benotungssystem für Kliniken aus. Die Krankenkassen müssten Abrechnungen zielgerichtet auf Korruptionsverdacht hin prüfen. Als wichtiges Steuerungselement bezeichnete Lauterbach einen Bewertungskatalog für Kliniken, auf den die Versicherten zurückgreifen können. Für eine Aufklärung der Korruptionsverdachtsfälle der Krankenhäuser und Ärzte durch deren eigene Organisationen sah er kaum Chancen. "Man kann die Frösche nicht bitten, den Teich trockenzulegen", sagte Lauterbach dem "Kölner Stadt-Anzeiger".